

## **Klimaschutz in NRW – eine zweite industrielle Revolution**

### **Der Klimawandel ist allgegenwärtig**

Der Winter 2006/2007 wird als der wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen in die Geschichte eingehen. Er passt damit zur Entwicklung: Fünf der letzten sechs Jahre waren die wärmsten, seit Temperaturen gemessen werden. Mit Kyrill ist vor einigen Wochen der heftigste Sturm aller Zeiten über unser Land gebrast und hat besonders in den Wäldern des Sauerlandes Schäden gewaltigen Ausmaßes angerichtet. Die verheerende Hurrikan-Saison aller Zeiten in den USA liegt gerade mal ein gutes Jahr zurück. Der Klimawandel ist längst überall auf der Welt allgegenwärtig Realität.

Die Berichte des britischen Ökonomen Sir Nicolas Stern und des Weltklimarates IPCC bestätigen: Der Klimawandel, verursacht durch den Ausstoß von Treibhausgasen, allen voran CO<sub>2</sub>, ist nicht mehr zu verhindern. Es geht darum die weltweite Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf zwei Grad bis zum Ende des Jahrhunderts zu begrenzen. Dafür bleibt der Menschheit noch ein Zeitfenster von maximal 15 Jahren. Andernfalls drohen uns auch wirtschaftliche Schäden, deren Ausmaß die Folgen der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise im 20. Jahrhundert übersteigen werden.

Der Klimawandel und seine Folgen sind aber auch ins Zentrum des öffentlichen Bewusstseins gerückt. Das Thema beherrscht seit einiger Zeit die öffentliche Diskussion auf allen Ebenen, und das ist gut so. Die Erkenntnis, dass wir jetzt mit Nachdruck handeln müssen, ist breit in der Gesellschaft angekommen.

### **Eine zweite industrielle Revolution**

Gegen den Klimawandel hilft nur ein kompletter und konsequenter Umbau der Industriegesellschaft. Wir brauchen eine zweite industrielle Revolution. Produktion und Lebensweise müssen sich an den Erfordernissen des Klimaschutzes ausrichten. Dieser Prozess birgt Risiken, aber auch große Chancen.

Die Grünen stellen dazu seit ihrer Gründung die richtige Diagnose hinsichtlich des menschlichen Einflusses auf das Klima. Es hat fast dreißig Jahre gedauert, bis diese Diagnose Allgemeingut geworden ist.

### **Von Klimaschutz reden, aber Kohlekraftwerke fördern**

Unseriös ist es hingegen, wenn die politisch Verantwortlichen nur reden und nicht handeln. Bestes Beispiel in Berlin ist der jetzige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Einerseits schwadroniert er vom Umbau der Industriegesellschaft und produziert entsprechende Schlagzeilen. Andererseits führt seine Gestaltung des Emissionshandels dazu, dass ein massiver Ausbau von klimaschädlichen Braun- und Steinkohlekraftwerken in NRW droht.

## **NRW-Landesregierung: Kreuzzug gegen Windkraft und nur heiße Luft beim Klimaschutz**

Während Vertreter der CDU/FDP-Koalition in NRW noch vor wenigen Wochen die Existenz des Klimawandels im Plenum des Landtags bestritten, hat nun auch die Landesregierung das Thema entdeckt. Doch auch sie ist ein Beispiel dafür, wie sehr aktuell Reden und Handeln auseinander fallen.

In Berlin und Brüssel sind der Ministerpräsident und die Energieministerin immer sofort zur Stelle, wenn es darum geht, sich beim Emissionshandel für die Interessen der Braun- und Steinkohle und der Energiekonzerne auf Kosten des Klimaschutzes einzusetzen. Im Bundesrat kämpft die NRW-Landesregierung wo immer möglich gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Die Unterstützung der Erneuerbaren Energien durch den Ministerpräsidenten nimmt mit seiner physischen Entfernung von der Staatskanzlei exponentiell zu. In den USA outete Rüttgers sich als glühender Verfechter der Windkraft, während seine Landesregierung hierzulande Kreuzzüge dagegen führt und das REN-Programm zur Förderung Erneuerbarer Energien um fast 60 Prozent zusammengestrichen hat.

## **Armutszeugnisse für das Energieland Nr. 1**

Fast zwei Jahre hat es gedauert, bis die Landesregierung lange angekündigte Papiere zu Erneuerbaren Energien und Biomasse sowie zu Energieeffizienz und Energieforschung vorgelegt hat. Deren Inhalt ist mehr als dürftig: Die formulierten Ziele sind unkonkret oder widersprüchlich, die Ankündigung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung sucht man vergebens. Das ist ein Armutszeugnis für die Regierung des selbsternannten „Energielandes Nr. 1“.

Im Verkehrsbereich kürzt die Landesregierung massiv die Mittel für den ÖPNV und leitet mit der Streichung von 10 Bahnstrecken aus dem Bedarfsplan die endgültige Zerstückelung dieser alternativen tlw. überregionalen Verkehrswege ein, während der Straßenneubau eindeutige Priorität genießt. Das ist das Gegenteil der Förderung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität.

Bei der Inanspruchnahme der Mittel des Bundes für die energetische Gebäudesanierung hinkt NRW deutlich hinter Bayern und Baden-Württemberg her. Im Süden der Republik wird investiert und es werden Arbeitsplätze geschaffen, während die NRW-Landesregierung unfähig scheint, einige Akzente zu setzen.

Bis heute weigert sich die Landesregierung ein Klimaschutzkonzept vorzulegen, obwohl sie ihre auf die umfangreiche Arbeit der Vorgängerregierung zurückgreifen könnte.

## **Eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr ist das Ziel**

Wir brauchen beim Klimaschutz klare Ziele. Klimaforscher sind sich einig: Um den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre zu stabilisieren und eine weitere Erwärmung zu verhindern, müssen die weltweiten Emissionen um 80 % reduziert werden. Das heißt ganz konkret, dass ein Mensch nicht mehr als eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Jahr produzieren darf. Die globale Verteilung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ist heute sehr unterschiedlich: Ein Mensch in den USA emittiert jedes Jahr im Durchschnitt mehr als 20 Tonnen, einer in Deutschland mehr als zehn, in China dagegen nur etwa zwei und in Indien gerade einmal etwa eine Tonne CO<sub>2</sub>.

Infolge der kohlelastigen Energieproduktion ist das für NRW eine besondere Herausforderung, denn unser Land produziert mit 296 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich ein Drittel der deutschen Emissionen. Damit liegt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit über 16 Tonnen pro Kopf und Jahr deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Als ersten Schritt müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 30% gegenüber 1990 gesenkt werden. Dazu muss auch das Land NRW seinen Beitrag liefern.

### **Nicht vereinbar mit dem Klimaschutz: Zusätzliche Kohlekraftwerke**

Die für den Klimaschutz folgenschwerste Entwicklung ist aber der geplante Bau von mindestens 13 neuen Kohlekraftwerken in NRW – von der Landesregierung gutgeheißen und aktiv gefördert. Damit werden nicht nur alte Kraftwerkskapazitäten ersetzt, sondern zusätzliche geschaffen. Im Gegensatz zum europäischen Ausland zementiert NRW damit seine kohlelastige und klimaschädliche Stromversorgung. Das so genannte „CO<sub>2</sub>-freie Kraftwerk“ ist bislang eine Fiktion der Energiekonzerne. Ob, wann und zu welchen Kosten es jemals zur Verfügung stehen wird, ist völlig offen. Keinesfalls darf es zur Rechtfertigung zum Bau von Kohlekraftwerken heute dienen.

NRW muss weg von einer Stromversorgung, die über 80 % auf Kohle basiert. Das ist ein Prozess, der Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird, aber heute begonnen werden muss. Wir lehnen den Neubau von Kohlekraftwerken in NRW ab, das ist mit den Zielen eines ambitionierten Klimaschutzes nicht vereinbar. Neue Kohlekraftwerke zementieren eine falsche Energieversorgung und sind die energiepolitischen Altlasten von morgen. Die einseitige Subventionierung der Kohle im Emissionshandel muss beendet werden.

### **Energieeffizienz und Einsparung bei Geräten und Gebäuden**

Wir wollen eine Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 1% jährlich. Wir brauchen ambitionierte Mindeststandards für den Stromverbrauch von Elektrogeräten wie Fernsehern, Computern, Kühlschränken u. ä. Ein „Schein-Aus“ (vollständig abgeschaltete Geräte, die trotzdem Strom verbrauchen) darf es bei allen Elektrogeräten nicht mehr geben. Standby-Schaltungen dürfen in Zukunft maximal 1 Watt verbrauchen. Damit politische Entscheidungen nicht technischen Innovationen hinterherhinken, wollen wir nach Beispiel Japans einen „Top-Runner“-Ansatz einführen. Danach muss binnen fünf Jahren der energieeffizienteste Standard bei Elektrogeräten von allen Produkten auf dem Markt erreicht werden. Eine entsprechende EU-Richtlinie ist längst beschlossen. Sie muss nun umgesetzt werden.

Die Kennzeichnung von Energieeffizienzklassen (wie sie bereits für Kühlgeräte und Waschmaschinen existiert) muss aktualisiert und auf möglichst viele Geräte ausgeweitet werden. Künftig soll nur für die besten 10-20 % einer Produktgruppe das Label "A-Klasse" reserviert sein, alle anderen werden in B, C und D eingeteilt. Abstufungen wie A+ oder A++ werden abgeschafft.

Wir fordern, dass für Gebäudeneubauten gesetzlich ab sofort Niedrigenergie- und Nullenergiehausstandards festgeschrieben werden. Mit Hilfe der Landesbauordnung wollen wir für Neubauten einen Mindesteinsatz von Erneuerbare Energien für Heizung, Warmwasser und Stromerzeugung verbindlich festlegen. 80% des

Gebäudebestandes sind Altbauten, die energetischen Sanierungsbedarf haben. Bis 2030 sollen alle Gebäude nach dem jeweiligen Best Practise Standard saniert werden. Hierfür muss sich das Land mit Kreditprogrammen über die NRW-Bank engagieren.

NRW bietet mit seiner hohen Bevölkerungs- und Industriedichte noch große Potenziale für Kraft-Wärme-Kopplung, die wir erschließen wollen. Dazu muss in Berlin das die längst überfällige Novelle des KWK-Gesetz endlich angegangen werden.

### **Auch Verkehr und Landwirtschaft müssen ihre Beiträge erbringen**

Im Verkehrsbereich brauchen wir in NRW eine Offensive für nachhaltige Mobilität und die Umsetzung einer integrierten Gesamtverkehrsplanung, die diesen Namen auch verdient. Die Vorrangpolitik der Landesregierung für den Automobilverkehr muss zugunsten des ÖPNV beendet werden. Verkehrspolitische Entscheidungen des Landes müssen sich an den Erfordernissen des Klimaschutzes orientieren. Wir wollen eine Automobilpolitik, die konsequent umweltschonende und treibstoffsparende Modelle fördert. Hier gibt es einen breiten Instrumentenmix, den es zu nutzen gilt. Angesichts des immer weiter steigenden Flugverkehrs braucht es die Beseitigung der Steuerfreiheit von Kerosin, die Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Luftverkehr und eine Einbeziehung der Luftfahrtemissionen in den Emissionshandel umfassen. Bis 2020 müssen die Emissionen im Verkehrsbereich um 30 % gesenkt werden.

10 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland stammen aus der Landwirtschaft. Dabei sind die Emissionen auf ökologisch bebauten Flächen 2/3 geringer als bei konventionellen. Die Landesregierung vernachlässigt den Ökolandbau in der Förderpolitik systematisch. Wir setzen uns ein für eine Umschichtung der Agrarsubventionen zugunsten ökologischer Alternativen in der Landwirtschaft und für eine Ausweitung des Anteils des Ökolandbaus auf 20 % der Flächen.

### **Erneuerbare Energien haben in NRW große Potenziale**

Bei den Erneuerbaren Energien hat NRW noch erhebliches Potenzial. Während im Bundesdurchschnitt 12 % des Stroms aus Erneuerbaren Quellen stammt, liegt dieser Anteil in NRW bei nur etwa 3 %. Will das Land den Anspruch, Energieland Nr. 1 in Deutschland zu sein, auch in Zukunft erheben, müssen bundesweite Zielvorgaben (25 % bis 2020) auch hierzulande umgesetzt werden. Ausreden der Landesregierung über angeblich nicht vorhandene Potenziale schaden dem Land NRW.

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir eine verlässliche Rechtsgrundlage für das „Repowering“ bei der Windkraft. Nach Berechnungen der Branche könnte die Windstromproduktion in NRW ohne Inanspruchnahme weiterer Flächen durch Ersatz alter durch neue Anlagen verdreifacht werden.

Bei den Biogasanlagen haben wir im Land dank des EEG einen Boom, aber große Potenziale bleiben weiterhin ungenutzt (z. B. Gülle, Waldrestholz, Bioabfälle). Deshalb brauchen wir ein Biomassemanagement, mit dessen Hilfe die vorhandenen Potenziale effizienter genutzt oder neu erschlossen werden können.

Analog zum Projekt „50 Solarsiedlungen für NRW“, das die GRÜNEN in der Regierung angestoßen haben, wollen wir ein Projekt „50 Geothermie-Siedlungen in

NRW“, denn das Potenzial der Erdwärme ist riesig und wird bisher viel zu wenig genutzt. Um bei den Erneuerbaren eine im Wärmebereich insgesamt eine ähnliche Dynamik wie beim Strom zu erreichen, brauchen wir auf Bundesebene endlich ein Regeneratives Wärmegesetz, das die Große Koalition zwar angekündigt, auf das sie sich aber bisher nicht verständigen konnte.

### **Atomkraft hat mit Klimaschutz nichts zu tun**

Mit der Begründung Klimaschutz träumt die Landesregierung von einer Renaissance der Atomkraft auch in NRW, obwohl mit dem Schnellen Brüter in Kalkar und dem THTR in Hamm-Uentrop die Atom-Abenteuer der Vergangenheit kläglich gescheitert sind und unsere Kinder noch für deren Folgekosten werden zahlen müssen.

Atomkraft ist kein Beitrag zum Klimaschutz, denn schon die aufwendige Uranförderung und Anreicherung verursacht großen Energieverbrauch und damit auch CO<sub>2</sub>-Emissionen. Gerade einmal 2 bis 3% des weltweiten Energieendverbrauchs wird durch vorhandene AKW gedeckt. Wollte man diesen Anteil verzehnfachen, um wirkliche Beiträge zum Klimaschutz zu leisten, würde das den Bau tausender neuer Reaktoren bedeuten. Das ist schon aufgrund der begrenzten Uranvorräte kaum möglich. In Deutschland werden etwa 6 % des Energieendverbrauchs und etwa 29 % des Strombedarfs durch Atomkraft gedeckt. Wollte man anspruchsvolle Klimaschutzziele (CO<sub>2</sub>-Reduktion um 80% bis 2050) durch Atomkraft umsetzen, so wären in Deutschland mindestens 60 (!) zusätzliche zu den derzeit vorhandenen 17 AKW erforderlich.

### **Klimaschutz ist Querschnittsaufgabe**

Klimaschutz ist eine Aufgabe, die alle Bereiche von Politik und Gesellschaft betrifft. Wir brauchen deshalb einem umfassenden Klimacheck, der politische Entscheidungen auf Klimarelevanz hin bewertet.

Wir werden aber auch mit den bereits unvermeidlichen Folgen des Klimawandels leben müssen. Deshalb ist eine breite Diskussion darüber nötig, welche Konsequenzen für Land- und Forstwirtschaft, Stadtplanung, Tourismus usw. hinsichtlich des Klimawandels zu ziehen sind.

Beim Klimaschutz braucht NRW Taten - und zwar sofort! Uns bleiben noch wenige Jahre, die schlimmsten Auswirkungen zu vermeiden. Die sollten wir nutzen und begreifen, dass diese zweite industrielle Revolution auch eine riesige Chance für das Industrieland NRW ist.

Antragsteller: Landesvorstand, Reiner Priggen MdL, Oliver Krischer